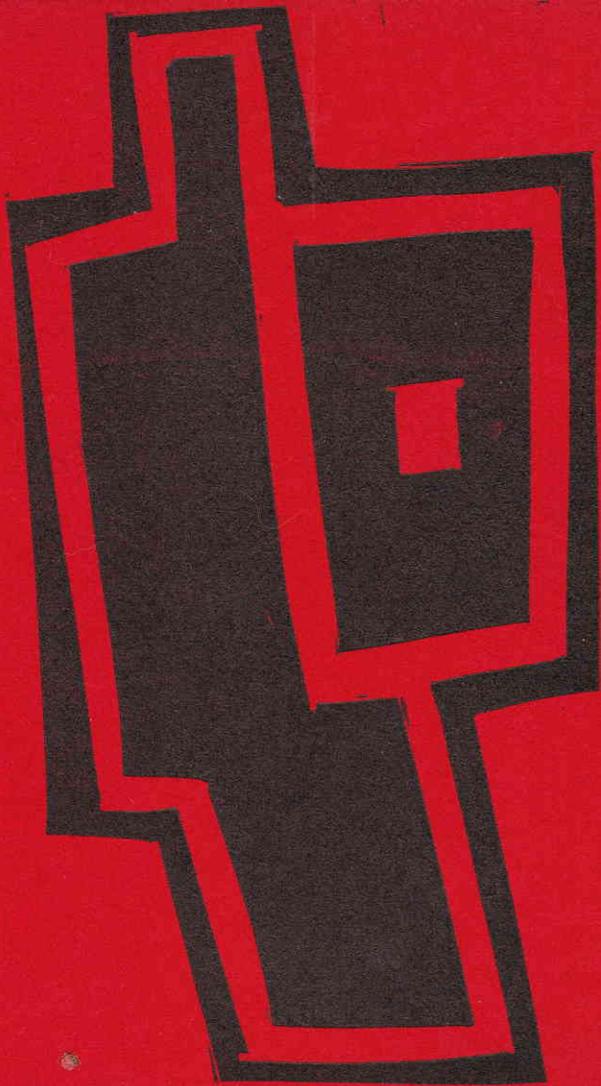


zeitschrift für die  
sozialistische jugend deutschland  
» die falken «  
landesverband berlin  
herausgegeben vom  
arbeitskreis für publizistik

7 februar 65

radikal



Wir nennen die Zeitschrift nicht deswegen „radikal“, weil wir jugendliche Hitzköpfe sind, denen nichts rasch genug gehen kann, sondern:

**Radikal sein ist die Sache an der Wurzel fassen. Die Wurzel für den Menschen ist aber der Mensch selbst.**

Karl Marx in der Einleitung zur  
„Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“

## **Einleitung**

radikal hatte versprochen, im Oktober 64 wieder zu erscheinen. Inzwischen ist die SJ, die offizielle Zeitschrift unseres Verbandes wieder erstanden und hat jetzt die Funktion von radikal weitgehend übernommen.

Die radikal-Redakteure standen vor der Entscheidung, die Herausgabe der Zeitschrift einzustellen oder ihr einen anderen Inhalt zu geben. Es wurde diskutiert, und wie es radikal-Redakteuren eigen ist, ausführlich. Einig geworden sind wir uns noch nicht über die neue Linie. Dazu brauchen wir die Mitarbeit unserer Leser.

**Schreibt uns, kritisiert, macht Vorschläge, bringt Ergänzungen.**

Wir bitten, uns den Vertrieb der Zeitschrift zu erleichtern und Abonnements aufzugeben. Jährlich erscheinen sechs Hefte. Zuzüglich Porto kostet ein Jahresabonnement 3,50 DM. Wir bitten, die beiliegenden Zahlkarten zu benutzen.

Die Hefte 1—5 sind vergriffen. Von Nummer 6 sind noch Exemplare vorhanden.

Die seit Monaten andauernde Debatte über neue Aspekte einer Berlin- und Deutschlandpolitik haben radikal veranlaßt, einem an dieser Debatte beteiligten Exponenten, Harry Ristock, einige Fragen zur Beantwortung vorzulegen. Wir gehen hier davon aus, daß er seine auf dem letzten Landesparteitag der SPD geäußerten Thesen zur Diskussion stellt.

**Frage:** Wo müßte sich im außenpolitischen Bereich die Politik der SPD von der Politik der CDU unterscheiden?

**Antwort:** Der Kredit der Bundesregierung in der Welt beruht heute im wesentlichen auf den ökonomischen und militärischen Faktoren. Dort, wo die Bundesrepublik über dieses Potential hinaus Ansehen genießt, rührt diese Anerkennung von dem Ruf her, Nachfolgestaat des wilhelminischen oder hitlerischen Deutschlands zu sein. Es gilt in der Außenpolitik über die Ansätze, die selbst in der CDU wirksam werden, hinaus, bei den Völkern des Ostens und des Westens jenen moralischen Kredit zu gewinnen, der die Voraussetzung für die Lösung der deutschen Frage wäre.

Entgegen der häufig vertretenen Meinung stände diese Politik nicht im Widerspruch zu unserem wichtigsten Bündnispartner, den USA. Gerade von dieser Seite wird nunmehr seit vier Jahren, und wie ich annehme, jetzt nach den gewonnenen Wahlen, verstärkt ein Druck auf uns ausgeübt, unsere Beziehungen, z. B. zum gesamten europäischen Osten, neu zu ordnen.

**Frage:** Worin bestände im Detail in der Außenpolitik die Alternative?

**Antwort:** Ich möchte die von euch gestellte Frage erweitern nach dem Ziel, das eine sozialdemokratische Außenpolitik haben müßte:

- die Spannungen in Europa und in der Welt abzubauen, um dadurch endlich die Friedenssehnsucht der Menschen zu erfüllen,
- ein freundschaftliches Verhältnis zu allen Partnern zu erreichen, die für die Lösung der deutschen Frage zuständig sind,
- den Menschen jenseits der Mauer und diesseits der Elbe politische und wirtschaftliche Verhältnisse zu schaffen, die ihr Leben erleichtern,
- die Mauer transparent zu machen,
- auf lange Sicht die Wiedervereinigung unseres Volkes zu erreichen, eingebettet in eine Wandlung der Welt, zu der wir mehr denn andere beitragen müssen.

Hierzu wird eine Umorientierung in einigen Grundsätzen notwendig werden.

wird ein weitaus wesentlicherer Beitrag für die deutsche Sache sein als weitere Milliarden für die Aufrüstung des westdeutschen Teilstaates.

- Die Aufnahme der Wiedergutmachung auch gegenüber dem polnischen und dem tschechischen Volk wird uns mehr moralischen Kredit verschaffen als noch so große wirtschaftliche Ausstrahlung.
- Unser Verzicht auf die Teilnahme an der multilateralen Bewaffnung würde Deutschland mehr nützen als die bisherige Außenpolitik der Bundesrepublik.
- Das Münchener Abkommen muß von der Bundesregierung für nicht existent erklärt werden.
- Disengagementpläne, wie sie Rapacki, Kennan u. a. vorgeschlagen haben, müssen Bestandteile der Deutschlandpolitik werden.
- Ein wiederzuvereinendes Deutschland ist sowohl aus der NATO wie aus dem Warschauer Pakt in eine strikte militärische Neutralität zu entlassen.

Es gilt den Völkern der Welt die berechtigte Angst vor einem Volk zu nehmen, in dessen Namen zumindestens der Zweite Weltkrieg begonnen und unsagbares Elend über die Welt gebracht wurde.

Millionen Tote lassen sich materiell nicht aufwiegen. Stalins barbarische, nichtsozialistische, staatskapitalistische Politik gegenüber dem östlichen Teilvolk hat Ostdeutschland wirtschaftlich ausgepowert. Trotzdem ist auch hier die Frage einer Gesamtwiedergutmachung zu stellen.

Auf drei Ebenen, scheint mir, muß die Innen- und Außenpolitik der Bundesrepublik neue Konturen gewinnen, um einen Beitrag zur Erreichung der oben gestellten Ziele zu leisten.

### **Eine neue Politik für Deutschland**

Unsere, auch meine bisherige These, das ostdeutsche Regime zu isolieren — heißt Ulbricht zu zementieren. Die Hallstein-Doktrin und ihre Befolgung ist ein Pyrrhussieg. Auf ihrer Grundlage und der damit verbundenen Abstinenz der westdeutschen Politik in Mittel- und Osteuropa konnte Ulbricht allen diesen Völkern und in allen diesen Staaten allein Deutschland repräsentieren. Das Ulbricht-Regime, ein wichtiger Außenposten des sowjetischen Imperiums, wurde bei einer voll auf westliche Integration ausgerichteten Politik der Bundesregierung zu einem der wichtigsten Partner der UdSSR; dies aus ökonomischen, militärischen und ideologischen Gründen.

Unser Verhältnis zum Regime des ostdeutschen Teilstaates ist aus guten Gründen traumatisch belastet, aber kann ein Trauma ein guter Ratgeber sein? Die bisherigen Rezepte haben den Menschen nicht geholfen, die Mauer nicht verhindert, uns der Wiedervereinigung nicht nähergebracht.

Der Wehnersche Gedanke der Verklammerung („in den Clinch nehmen“; später bei Adenauer versucht) zeigte vorausschauend — damals verfeimt und kaum verstanden — einen richtigen Ansatz. Diese Verklammerung bietet die einzige Gewähr, der sich vertiefenden Spaltung, der beginnenden Resignation entgegenzuwirken, das Ulbricht-Regime in seinem heutigen Gehalt abzulösen.

### **Wandel durch Annäherung**

Die Initiative muß endlich von uns, vom Westen, ausgehen. Die Passierscheinfrage wurde gegen die Widerstände der Reaktionäre in Pankow und Bonn zu einer Lösung gebracht.

- Der Ausbau der interkommunalen Beziehungen,
- die sofortige Aufnahme von Verhandlungen für die Einreise der Westberliner nach Ostdeutschland,
- die Verbreiterung des innerdeutschen Reiseverkehrs für alle Deutschen,
- die Aufnahme von Verhandlungen zur Eröffnung eines weit angelegten Touristenverkehrs,
- die volle Wiederaufnahme des Sportverkehrs,
- ein Angebot über eine breit angelegte Aktion des Studentenaustausches,
- der Besuch von und die Einladungen für Kongresse, Tagungen der Wissenschaftler, Literaten und anderer Fachgremien nach hüten und drüben,
- das Angebot zur Durchführung eines großen Treffens der Jugend Deutschlands in Leipzig oder einer anderen Stadt Ostdeutschlands,
- die Verhandlung über die Aufhebung jedweder politischen Strafverfolgung in beiden Teilen Deutschlands für die im innerdeutschen Verkehr die Grenzen wechselnden Personen,
- die Gewährung von Krediten, die das wirtschaftliche Geschehen Ostdeutschlands und Westdeutschlands einschließlich Berlins intensiv und langfristig verklammern.

Alle diese Aufgaben liegen vor den Politikern in Deutschland, falls sie jenseits der Heuchelei und Sonntagsreden anfangen wollen, gesamtdeutsche Politik zu betreiben.

### **Beziehungen zu Osteuropa**

Unabdingbar steht vor der deutschen Politik die äußere und innere Neuordnung unseres Verhältnisses zu den Völkern Mittel- und Osteuropas, die heute in der sowjetischen Einflußsphäre leben. Die deutsche Politik war hier bisher untätig, verlogen, schädigend. Am Verhältnis zu Polen sei hier dargestellt, auf welche Weise Deutschland sein moralisches Gesicht wiedergewinnen, der deutschen Politik dienen und einen wesentlichen Beitrag zur Entspannung in der Welt leisten könnte. Da

die deutsche Spaltung zwar ein Teil der Spannung, aber auch die Konsequenz derselben in der Welt ist, wird jeder Beitrag zur Entspannung auch ein Beitrag für uns sein.

Hierzu Genosse Brandt: „Es geht um eine Politik der Transformation. Wirkliche, politische und ideologische Mauern müssen ohne Konflikt nach und nach abgetragen werden. Es geht um eine Politik der friedlichen Veränderung des Konfliktes, um die Politik der Durchdringung, eine Politik des friedlichen Risikos; des Risikos deshalb, weil bei dem Wunsch, den Konflikt zu transformieren, wir selbst für die Einwirkung der anderen Seite auch offen sind und sein müssen.“

Die Deutschen leben heute und seit nunmehr zwanzig Jahren in Berlin, Hamburg, Leipzig, Magdeburg und Schwerin, nicht in Königsberg, Elbing, Danzig oder Breslau. Der im Namen Deutschlands vom Zaun gebrochene faschistische Krieg führte 1945 zu den Grenzen des heutigen Deutschland. Im Rahmen dieser Grenzen hat das Selbstbestimmungsrecht einen realen Wert und stellt, wenn auch für lange Zeiträume gedacht, eine unabdingbare Forderung dar. **Wer die Grenzen von 1937 fordert, belügt das Volk, verbaut jede Chance, den Ostdeutschen zu helfen und gefährdet den westlichen Teil der Hauptstadt Berlin und verhindert die Wiedervereinigung Deutschlands.**

Die Forderungen:

- die Parteien in Deutschland, in jedem Fall aber die SPD, haben vor aller Welt zu erklären, daß sie in einem zukünftigen deutschen Friedensvertrag die heutigen Grenzen als gegeben ansehen werden,
- gegenüber dem polnischen Volk ist eine wirtschaftliche Wiedergutmachung in der Höhe von mehreren Milliarden DM anzubieten, die zumindest einen Teil der materiellen Opfer wiedererstattet,
- im Rahmen dieser Wiedergutmachung sind die deutschen Gebietsverluste mit einzubeziehen,
- mit Polen sind unbeschadet seines Verhältnisses zu Ostdeutschland volle diplomatische Beziehungen aufzunehmen.
- ein deutsch-polnischer Freundschaftsvertrag, ähnlich dem, wie ihn Adenauer begrüßenswerterweise mit Frankreich zustande gebracht hat, ist abzuschließen. Unbeschadet des anderen Gesellschafts-systems muß ein breiter Austausch von Wissenschaftlern, Künstlern, Studenten, Jugendgruppen und Touristen beginnen. Mit der polnischen Regierung muß über das Heimatrecht jener Menschen verhandelt werden, die in den heutigen polnischen Westgebieten beheimatet waren, daß sie, sofern sie es wünschen, dort ihren Urlaub, aber auch ihren Wohnsitz nehmen können. Die politischen Parteien und Organisationen sollten die Offensive geistiger Auseinandersetzung beginnen, um die, den Frieden der Menschen bedrohenden Fronten, zu überwinden,
- die bisher geübte Hallstein-Doktrin erwies sich letztendlich als ein Scheinsieg. Sie schuf dem ostdeutschen Regime in der gesamten,

von den Sowjets beherrschten politischen Hemisphäre die Möglichkeit, die Bundesrepublik als den Nachfolgestaat Hitlerdeutschlands zu proklamieren.

### Neues Verhältnis zur Sowjetunion

Hierzu Genosse Brandt: „Es gibt eine Lösung der deutschen Frage nur mit der Sowjetunion, nicht gegen sie. Wir können nicht unser Recht aufgeben, aber wir müssen uns damit vertraut machen, daß zu seiner Verwirklichung ein neues Verhältnis zwischen Ost und West erforderlich ist und damit auch ein neues Verhältnis zwischen Deutschland und der Sowjetunion.“

Die vor Jahren aufgenommenen diplomatischen Beziehungen müssen zu wirklichen Beziehungen ausgebaut werden. Das Verhältnis Deutschland—Rußland muß ähnlich jenem zu Polen und den anderen osteuropäischen Staaten eine völlige Neuorientierung erfahren. Eingebettet in das Bündnis mit dem Westen, und hier vor allen Dingen mit den Amerikanern, ist uns gerade von letzteren ein breiter Spielraum gegeben, und wir sind aufgefordert worden, dieses Verhältnis neu zu orientieren. Wir benötigen die Hilfe der Sowjetunion unabdingbar für die Wiedervereinigung unseres geteilten Volkes. Hiervon ausgehend sind die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen neu zu ordnen. Unbedingt wird von uns die Dreistaatentheorie zurückgewiesen, aber eine kluge Politik muß dem stärkeren Partner helfen, aus dieser selbstgewählten Sackgasse herauszukommen. Die ganze Schwäche, Dummheit und Schädlichkeit der deutschen Politik zeigt sich schon darin, daß die seit Jahren anstehende Einladung an Mitglieder des deutschen Bundestages bisher nicht wahrgenommen wurde. Das deutsche Verhältnis zu Rußland ist durch die russische Politik Stalins, aber auch seiner Nachfolger, seit 1945 stark belastet, aber um wieviel mehr ist es das russische zu Deutschland in den Jahren 1941—45.

Hier bedarf es eines unendlichen Bemühens, ein Minimum an Vertrauen wiederherzustellen. — Die Angst vor dem westlichen Deutschland ist keineswegs mehr ein Propagandainstrument der sowjetischen Führung. Das Trauma vor diesem Deutschland ist wie jedes Trauma nicht rational zu beseitigen. Die alten Nazis in der Bundesrepublik und die neuen Machtpolitiker stellen nun fürwahr keine Medizin zur Beruhigung dar.

- Die volle Ausschöpfung der diplomatischen Beziehungen,
- der Auf- und Ausbau kultureller Beziehungen,
- der Einbau der Wissensvermittlung über Rußland und die BRD in die Schulpläne der BRD und der UdSSR,
- die Förderung des Studenten- und Jugendaustausches,
- der Ausbau der Handelsbeziehungen,

7

eben eine Intensivierung aller Beziehungen zwischen der BRD und der UdSSR als der Voraussetzung einer erfolgreichen Deutschlandpolitik.

riesiger großvater  
jahvebärtig  
auf braunen daguerreotypen  
ich seh dein gesicht  
in der schlohweißen aura  
selbstherrlich streitbar  
und die papiere im vertiko:  
metzgersrechnungen  
inauguraladressen

steckbriefe  
deinen massigen leib  
seh ich im fahndungsbuch  
riesiger hochverräter  
*displaced person*  
in bratenrock und plastron  
schwindsüchtig schlaflos  
die galle verbrannt  
von schweren zigarren  
salzgurken laudanum  
und likör

**karl heinrich  
marx**

ich seh dein haus  
in der rue d'alliance  
dean street grafton terrace  
riesiger bourgeois  
haustyrann  
in zerschlissnen pantoffeln:  
ruß und „ökonomische scheiße“  
pfandleihen „wie gewöhnlich“  
kindersärge  
hintertreppengeschichten

keine mitrailleuse  
in deiner prophetenhand:  
ich seh sie ruhig  
im british museum  
unter der grünen lampe  
mit fürchterlicher geduld  
dein eigenes haus zerbrechen  
riesiger gründer  
anderen häusern zuliebe  
in denen du nimmer erwacht bist

riesiger zaddik  
ich seh dich verraten  
von deinen anhängern:  
nur deine feinde  
sind dir geliebt:  
ich seh dein gesicht  
auf dem letzten bild  
vom april zweiundachtzig:  
eine eiserne maske:  
die eiserne maske der freiheit

## Einige Bemerkungen zur MLF

Die Diskussion um die multilaterale Atomstreitmacht (MLF) nimmt in Deutschland einen merkwürdigen Verlauf. Allgemein herrscht Einigkeit unter den Experten darüber, daß das geplante Projekt gegenüber den riesigen atomaren Lagern der Sowjetunion und der USA ziemlich bedeutungslos ist, zumal den USA beim Einsatz der MLF ein Veto gegenüber den Partnern gegeben werden soll. Dennoch wollen sowohl die Bundesregierung als auch die Opposition sich mit unveränderter Energie für eine Verwirklichung einsetzen. Dies erweckt bei dem ziemlich lethargischen bis ablehnenden Verhalten der anderen NATO-Partner den Anschein, als sei die MLF ein Institut zur Befriedigung deutscher militärischer Großmachtsgelüste.

Genau hier setzt auch die Argumentation führender SPD-Politiker — so Helmut Schmidt in Karlsruhe — an. Man wiegt sich in der Hoffnung, durch die MLF die „deutschen Sekundär-Gaullisten“ kaltzustellen und generell der Entstehung weiterer nationaler Atomstreitkräfte entgegenzuwirken. Äußerungen eben dieser Sekundär-Gaullisten lassen aber den Schluß zu, daß für sie die MLF nur der erste Schritt zur Verwirklichung separateuropäischer Atommachtsträume ist.

Es ist bemerkenswert, daß die SPD bei ihren psychologisch anmutenden Begründungen für die „Alternative MLF“

1. sowenig an die realen Machtverhältnisse in der Bundesrepublik gedacht hat. — Man kann möglicherweise, wenn man selbst an der Macht ist, nichtmächtige aber potentiell gefährliche Kräfte mit atomarem Spielzeug ablenken; nicht aber, wenn die politischen Kräfteverhältnisse umgekehrt liegen. Wie will man dann die Geister, die man rief, je wieder loswerden?
2. sich so gar nicht darum gekümmert hat, wie die Sowjetunion eine Beteiligung der Bundesrepublik an der MLF aufnehmen würde. —

In der Vergangenheit hat die Sowjetunion auf jeden Schritt zur Integrierung der Bundesrepublik in ein westliches Verteidigungssystem sehr empfindlich reagiert. Die Wiedervereinigung Deutschlands wurde in immer weitere Ferne gerückt. 1958 folgte das Berlin-Ultimatum Chruschtschows auf die Entschließung des Bundestages, die Bundesrepublik eventuell atomar zu bewaffnen.

Die Sicherheit Deutschlands und insbesondere die Sicherheit von Berlin ist immer von unserem Verhältnis zur Sowjetunion abhängig. Die Äußerungen führender sowjetischer Politiker lassen keinen Zweifel daran, daß die Einbeziehung der Bundesrepublik in die MLF erste Konsequenzen nach sich ziehen würde. Nicht nur vor der Sowjetunion, sondern vor der ganzen Welt stehen wir nach geheimen Waffenablieferungsabkommen an bestimmte Entwicklungsländer, nach Atomminenplänen usw. als die gefährlich experimentierenden Deutschen da — nicht zu Unrecht.

Überdies — und auch das sollte man bedenken — wird die MLF jede Bemühung um eine Abrüstung erschweren, wenn nicht unmöglich machen — ein weiteres Nebenprodukt deutscher Atomsehnsucht.

## **Labour Party und Sozialdemokratie**

Mit nur 5 Sitzen Mehrheit hätte die deutsche Schwesterpartei sicher anders gehandelt, als es die Labour Party getan hat.

Nach dem knappen Wahlsieg wurde allgemein gesagt, daß Wilson wohl nunmehr von seinen ‚radikalen‘ Plänen Abstand nehmen und zumindest mit den Liberalen eine Koalition eingehen müsse. Wilson entschied anders. In einer Rede vor Labour-Abgeordneten sagte er am 26. Oktober 1964, 10 Tage nach dem Wahlsieg: „Die Regierung wird zur rechten Zeit alle Maßnahmen mit militärischer Genauigkeit durchführen . . . Wir bilden die Regierung in diesem Land und wir haben die Absicht, an der Regierung zu bleiben.“

Es hätte auch keinen besseren Weg gegeben, die Moral der neuen Regierung zu zerstören, als mit den Liberalen eine Koalition einzugehen. Dann hätten Abstriche am Programm der Labour Party gemacht werden müssen, wie z. B. bei der Nationalisierung der Stahlindustrie oder der Einsetzung einer Bodenkommission zum Zwangsankauf von Grund und Boden, um dem Grundstückswucher zu begegnen.

### **Unsere Situation**

Die Bundesrepublik steht vor ähnlichen innenpolitischen Problemen wie Großbritannien. Wie in England die Stahlindustrie besonders krisenanfällig ist, ist es bei uns in der Energiewirtschaft vor allem der Steinkohlenbergbau.

Unsere Lage auf dem Wohnungsmarkt ist vergleichbar mit der britischen, obwohl gerade in England die Spekulation mit Wohnungen und der Mietpreiswucher besondere Blüten treiben. Im Budget einer Familie nehmen die Kosten für den Wohnraum eine zentrale Stellung ein und eine kämpferische ‚Volkspartei‘ hätte bei uns starke Argumente zur Verfügung, wenn sie propagierte, daß die private Verfügungsgewalt über Grundstücke und Wohnräume zugunsten der vielen Millionen Arbeiternehmerfamilien eingeschränkt werden sollte.

Es ist ja ein einfaches Rechenexempel: Wieviel Hauseigentümer gibt es (ausgenommen die Besitzer kleiner Ein- und Zweifamilienhäuser) und wieviel Familien leben in Miethäusern?

### **Wähler erkennen ihre Interessen**

Im englischen Wahlkampf hat eine „Unabhängige Organisation für freies Unternehmertum“ Millionenbeträge für eine Kampagne ausgegeben, in dem sie in Zeitungen ganzseitige Anzeigen veröffentlichen ließ, z. B. die mit der Schlagzeile: „2 von 3 Menschen möchten keine weitere Nationalisierung.“

Dem widersprochen haben die Ergebnisse der Wahl in den Bezirken, in denen die Stahlindustrie konzentriert ist. Die Labour Party hat dort überdurchschnittlich hohe Stimmengewinne verzeichnen können. Sicher aus zwei Gründen:

- a) weil sich die Arbeiter bei einer nationalisierten Stahlindustrie eine größere Sicherheit ihrer Arbeitsplätze versprechen, und
- b) weil die Nationalisierungskampagne von einflußreichen Gewerkschaften unter dem Aspekt betrieben wurde, die nationalisierte Stahlindustrie zu einem Beispiel für Wirtschaftsdemokratie zu machen.

Warum sollte so etwas nicht im westdeutschen Kohlebergbau möglich sein?

### **Lehren aus dem Sieg**

Wir können einige Lehren aus dem Sieg der Labour Party ziehen:

1. Labour hat zu einer Zeit, in der es keine bedeutenden sozialen Unruhen gibt, mit einem Alternativprogramm eine Wahl gewonnen. Es wurde Schluß gemacht mit dieser menschenverachtenden Ansicht, daß die Wähler in einem kapitalistischen Industriestaat so weit manipuliert werden können, daß sie vernünftigen Argumenten und ihren eigenen Interessen zuwiderhandeln.
2. Die Labour Partei ist im Wahlkampf nicht als Vertreterin des ‚Gesamtwohls‘ aufgetreten, sondern hat sich als Interessenvertreterin der abhängig Beschäftigten aufgefaßt.
3. Die Labour Party hat um den Sieg gekämpft und in ihrer Propaganda keine Rücksichten auf mögliche Koalitionspartner genommen.

Auch die Bevölkerung der Bundesrepublik honoriert eine eigenständige Politik. Die allgemeine Zustimmung zum Passierscheinabkommen beweist es.

Weshalb sollte eine eigenständige Politik nur diesen Bereich umfassen?

# Bericht über das Kentler- Seminar

Es fanden sich ca. 30 Teilnehmer aus dem SJ-Ring ein, die sich an diesem Wochenende mit zeitgenössischen pädagogischen Problemen auseinandersetzen wollten.

Helmut Kentler, Diplompsychologe vom Studienzentrum für evangelische Jugendarbeit und bald Mitarbeiter des Berliner Pädagogischen Zentrums, hielt ein einleitendes Referat, das er folgendermaßen gliederte:

1. die gesellschaftliche Situation
2. Jugendarbeit heute
3. Arbeitshinweise

**1. Zur gesellschaftlichen Situation** führte Kentler aus, daß in unserer Gesellschaft das Wissen vom Besseren, also von einem besseren Leben vorhanden ist, nicht als „Wolkenkuckucksheim“, sondern als zu verwirklichende Möglichkeit.

Kentler unterschied zwei Entwicklungen, die das Wissen vom Besseren durchmachte. Im Ostblock wurde es zur Ideologie; die Zeitgenossen werden mit einer Utopie, für die Opfer gebracht werden müßten, vertröstet. Im Westblock herrscht die Ideologie vor, daß jeder die Möglichkeit habe, es zu Wohlstand zu bringen; wer dieses Ziel nicht erreiche, versage eben.

Dennoch, meinte Kentler, sei das Bewußtsein vom Besseren so tief in den Menschen auf der ganzen Welt verankert, daß keine Regierung darüber hinweggehen könne. Mögen unsere Politiker nur aus wahltaktischen Gründen Reden mit sozialem Inhalt halten, unsere Aufgabe ist es, ihre Worte mit der Wirklichkeit zu vergleichen. Kentler sieht in den Jugendverbänden Einrichtungen der Aufklärung und der Kritik. Er forderte die Erziehung zum Ungehorsam gegen die Gesellschaft, denn eine Gesellschaft sei erst dann mündig, wenn sie sich ungehorsame Bürger leisten könne.

## 2. Jugendarbeit heute

Die Jugendarbeit hat die Freiwilligkeit als entscheidende Voraussetzung, die den beiden älteren Einrichtungen der Erziehung, Familie und Schule, fehlt. In die Familie wird der Mensch im Normalfall hineingeboren, er kann sie sich nicht aussuchen. Die Schule ist eine Einrichtung des Staates, die in der industriellen Gesellschaft eine Notwendigkeit ist. Sie nimmt den Eltern das Übermitteln von Wissen, Kulturtechniken, sinnvollen Verhaltensweisen, ab.

Die Freiwilligkeit, sich einem Jugendverband, einem Club etc. anschließen zu können, das ist der Reiz für die Jugendlichen — und bringt uns manchmal zur Verzweiflung (wenn z. B. Gruppenabende, Kreisveranstaltungen, politische Grundkurse, Seminare selbst bei unseren Mitgliedern kein Echo finden).

### 3. Welche Verbesserungsvorschläge gab uns Kentler?

Kentler war der Ansicht, daß diejenigen, die Jugendliche beeinflussen wollen, ein Arbeitsteam bilden sollten. Er ging von seinen eigenen Seminarerfahrungen mit Oberschülern und Gewerkschaftsjugendlichen aus. Die Jugendlichen sollten durch dieses Team einen anderen Stil der Zusammenarbeit, des Zusammenlebens kennenlernen. Die Teamarbeit wäre nach Kentler auch eine gute Methode für unsere Zeltlager. Das leitende Team lebte den Jugendlichen eine bessere Freizeitgestaltung vor.

Kentler lehnt sich sehr an den sowjetischen Pädagogen Makarenko an. Er bezeichnet oft die Begriffe nur anders, z. B. heißt das Arbeitsteam bei Makarenko Erzieherkollektiv. Die Explosionsmethode Makarenkos bezeichnet Kentler als **Spiegelsituation**, d. h. die bewußte Gestaltung einer Situation, die dem Jugendlichen

- a) seine Wirklichkeit vor Augen führt,
- b) ihm die Möglichkeit, ja, die Perspektive, zur Veränderung seiner Situation zeigt.

Auch darin sieht Kentler eine wichtige Funktion der Jugendarbeit, daß sie den Jugendlichen Perspektiven in ihrem Alltag und aus ihrem Alltag heraus zeigt.

Für uns war es besonders interessant zu hören, daß Kentler den Schwerpunkt der Jugendarbeit nicht in der festgefügt Gruppe (wie unsere Falkengruppe) sieht, sondern in Gruppen, die sich aus Interesse zu einem bestimmten Thema, z. B. für ein halbes Jahr, zusammenfinden

Diese Gruppen können sich Aufgaben gestellt haben, z. B.

Freizeitgestaltung — welche Möglichkeiten gibt es?

Was macht den modernen Lebensstil aus?

Die Rolle der Massenmedien

oder soziokundliche Untersuchungen, wie z. B.

Meinungsumfragen unter Fremdarbeitern, um ihre Probleme kennenzulernen.

Wie sieht nun eine Gruppe, mit der Kentler arbeitet, aus? Es ist ein ausgesuchter Kreis, Arbeiter, Oberschüler, Studenten. Er vermeidet die gemischte Gruppe. Seine Rechtfertigung lautet: da die Jugendlichen verschiedene Interessen haben, unterschiedliches Wissen besitzen, eine andere Sprache sprechen, ist es besser, sie getrennt aufeinander zu zu erziehen.

Wir wollen nicht werten, wir denken, daß Kentler Probleme angeschnitten hat, die wert sind, diskutiert zu werden. Vielleicht können seine Anregungen längerer Arbeitsvorhaben uns helfen, unsere Arbeit zu intensivieren.

## Randnotizen von ...



Mit Spannung wartet Eugen alljährlich in der Neujaarszeit auf den Briefträger. Hoffte er doch sehnlichst, zu den Auserwählten zu gehören, die auch in diesem Jahr wieder mit einem lieben Neujaarsgruß des Ersten Vorsitzenden bedacht werden.

Je näher diesmal das Jahr 1965 rückte, desto ängstlicher wurde Eugen. War er doch bei der Japanreise Alfred Gleitzes ganz ohne Kartengruß geblieben — und zum letzten Jahreswechsel gab es nur eine Karte, ganz ohne persönlichen Gruß, während Eugens Freund mit einem sinnigen Spruch bedacht wurde. Kann man denn nicht aus der Neujaarskartenverteilung politische Prognosen fürs neue Jahr stellen?

Dieses Mal wollte Eugen sich schon glücklich schätzen: Er bekam nicht nur seine Karte, sondern auch drei Zeilen handschriftlicher Grüße. Eugen machte sich Hoffnungen; schließlich stehen entscheidende Sitzungen im Verband vor der Tür...!

Um so bitterer war für ihn die Enttäuschung, als er vor seinen Freunden mit der Karte prahlen wollte. Sie alle waren dreier freundlicher Zeilen für würdig befunden worden. —

Oder sollte das ein Zeichen dafür sein, daß der Erste Vorsitzende im neuen Jahr Verbandsdemokratie auf breiter Ebene pflegen will?

Einleitung	2	<b>Inhaltsverzeichnis</b>
Alternativen von Harry Ristock	3	
karl heinrich marx von Hans Magnus Enzensberger	8	
Einige Bemerkungen zur MLF	10	
Labour Party und Sozialdemokratie	11	
Bericht über das Kentler Seminar	13	
Eugen	15	

---

Das Gedicht von Hans Magnus Enzensberger ist dem im Suhrkamp-Verlag erschienenen Band „blindenschrift“ entnommen.

„radikal“ erscheint zweimonatlich, herausgegeben vom Arbeitskreis für Publizistik im Landesverband Berlin der Sozialistischen Jugend Deutschlands „Die Falken“. Der Redaktion gehören an: Peter Bischoff, Hans Gellhardt, Günter Mayer, Elke Sahnwald und Barbara Teller. „radikal“ wird gedruckt in der Offizin des Arbeitskreises, Berlin 61. Preis je Heft 0,50 DM, im Jahresabonnement (6 Hefte) 3,50 DM.

Postscheckkonto: Elke Sahnwald, Berlin West 1779 91

Zuschriften und Bestellungen an:

Peter Bischoff, 1 Berlin 37, Sven-Hedin-Straße 54